



Fachbereich: Untere Naturschutzbehörde Tel.: 08131/74 -450

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an der Bauleitplanung (§ 4 Abs. 1 BauGB)

Gemeinde Bergkirchen
Bebauungsplan
BP Nr. 115 südwestlich der Sonnenstraße mit Grünordnungsplan in der Fassung vom 14.10.2025

Wichtiger Hinweis:

Mit der Beteiligung wird Ihnen als Träger öffentlicher Belange die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen Ihrer Zuständigkeit zu einem konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen; die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann. Die Abwägung obliegt der Gemeinde.

Fachliche Stellungnahme:

1.	<input type="checkbox"/> (Entgegenstehende) <u>Ziele der Raumordnung und Landesplanung</u> , die eine Anpassungspflicht (§ 1 Abs. 4 BauGB) auslösen
2.	<input type="checkbox"/> Beabsichtigte <u>eigene Planungen und Maßnahmen</u> , die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes (ggf. förmli. Widerspruch nach § 7 BauGB)
3.	<input type="checkbox"/> Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung <u>nicht</u> überwunden werden können (z.B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnungen)
	<input type="checkbox"/> Rechtsgrundlagen § 39 Abs. 1 i. V. m. § 44 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 44 Abs. 5 BNatSchG
	<input type="checkbox"/> Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen)
	<input checked="" type="checkbox"/> Hinweise , die der Abwägung zugänglich sind und sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlagen
	- Ausgleichsflächenkonzept: Zur Bewirtschaftung der Wiesenfläche auf FlNr. 185 Gmkg. Feldgeding, ist es sinnvoll einen Pflegeweg einzuplanen, der nicht Bestandteil der Ausgleichsflächen ist. Das Grundstück ist andernfalls nicht zu erreichen ohne über das geplante Biotop fahren zu müssen
	- Da nach der aktuellen Planung keine Rodungen erforderlich werden, ist zu prüfen ob nicht alle 35 Einzelbäume als zu erhalten festgesetzt werden können, insbesondere wenn es sich um ältere Laubbäume handelt.
	<input checked="" type="checkbox"/> Rechtsgrundlagen § 1 Abs. 6 Ziffern 5 und 7a BauGB, § 1a Abs. 3 Satz 1 BauGB
	<input checked="" type="checkbox"/> Grenzen der Abwägung § 1 Abs. 7 BauGB

Dachau, den 25.11.2025

